

Lasst den Worten Taten folgen

Mal ehrlich: Wie haben Sie am 9. Februar 2014 abgestimmt? Ja, es ging damals um die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung», die äusserst knapp angenommen wurde. In der Deutschschweiz stimmten die ländlichen Gebiete der Initiative sehr deutlich zu. Um konkret und korrekt zu sein: Je ländlicher und landwirtschaftlicher, umso grösser war die Zustimmung.

Nein, Sie müssen mir natürlich keine Auskunft zu Ihrem Stimmverhalten geben. Die Frage war rhetorisch gemeint.

Aber die folgende nicht: Warum ist nun anscheinend von Seiten der Bauernschaft kein Interesse da, persönlich etwas beizutragen, damit weniger Menschen in die Schweiz kommen und das inländische Arbeitspotenzial besser genutzt werden kann? Vor allem wenn wir daran denken, dass

der Luzerner Bauernverband zur Masseneinwanderungsinitiative Stimmfreigabe erteilt und der Bauernverband Aargau sogar die Ja-Parole herausgegeben hat?

Das Potenzial als Arbeitskräfte der in der Schweiz lebenden Flüchtlinge soll genutzt werden. Dies ist die Idee des Schweizerischen Bauernverbands und des Staatssekretariats für Migration. Eine konkrete Massnahme also als Antwort auf die Forderungen der Masseneinwanderungsinitiative. Mit einem Pilotversuch soll geklärt werden, ob anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zum Einsatz kommen könnten.

Und nun ist das Interesse nicht da. Ralf Bucher, Geschäftsführer des Aargauer Bauernverbands, sagt jedenfalls der «Aargauer Zei-

tung», er habe bisher nur von jenen gehört, die kein Interesse an diesem Projekt hätten. Die Betriebe fürchteten den Mehraufwand,

BRÜCKENSCHLAG



Susanne Hochuli

die Landwirtschaft sei immer technisierter und setze entsprechende Kenntnisse voraus.

Ja, das mag alles stimmen, und ich masse mir kein Urteil an. Aber: Warum nur sehe ich immer wieder Menschen aus meist entlege-

nen Winkeln Europas, die jäten, pikieren, setzen, ernten, pflücken? Die während der Saison einfache, aber arbeitsintensive Handarbeit verrichten? Die das gut tun und froh sind, um das Geld, das sie nach Hause bringen können. Ich will sie nicht gegen die Flüchtlinge in der Schweiz ausspielen. Ganz und gar nicht.

Aber manchmal wünschte ich mir, dass wir die Folgen unserer Entscheidungen, die wir demokratisch treffen dürfen, auch zu tragen bereit sind und unseren Worten «Ja» oder «Nein» auf dem Stimmzettel die richtigen Taten folgen lassen würden.

Susanne Hochuli, Reitnau, ist Regierungsrätin im Kanton Aargau. Zuvor war sie Journalistin und Reittherapeutin und bewirtschaftete in Reitnau den Landwirtschaftsbetrieb, den sie von ihrem Vater, VKMB-Gründer René Hochuli, übernommen hat.